



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Eltern wollen Chancen für ihre Kinder

**Anhaltspunkte
aus der aktuellen Forschung**

**Monitor
Familienforschung**

**Beiträge aus Forschung,
Statistik und
Familienpolitik**

Ausgabe 23



Familie

Eltern wollen Chancen für ihre Kinder

Anhaltspunkte aus der aktuellen Forschung

Monitor Familienforschung

**Beiträge aus Forschung, Statistik und
Familienpolitik**

Jahrgang 2010, Nr. 23

Erstellt durch:

Prognos AG

Geschäftsstelle des Zukunftsrats Familie

Autoren:

Melanie Henkel

Michael Steiner

Stand:

29. September 2010

Inhalt

Abbildungen	5
Einleitung	6
I. Erkenntnisse zur Geldverwendung von Eltern	7
II. Teilhabe an Bildung, Betreuung und Förderangeboten	11
2.1 Kinderbetreuung	11
2.2 Schulbildung	12
2.3 Teilhabe an Förder- und Freizeitangeboten	14
III. Die Gesundheitssituation von Kindern	17
3.1 Ernährung	17
3.2 Übergewicht	18
3.3 Psycho-soziale Situation und allgemeiner Gesundheitszustand	19
IV. Fazit und Ausblick	21
Datenquellen und Literatur	23
BMFSFJ-Forschungsticker	26

Abbildungen

Abbildung 1: Typologie des Familienmanagements nach Sinus – soziale Lagerung und soziale Mobilität	7
Abbildung 2: Anteil der Kinder unter drei Jahren, die nach Angaben der Eltern in einer Kindertageseinrichtung betreut werden, in Abhängigkeit vom Familieneinkommen	11
Abbildung 3: Schulartverteilung der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler nach sozioökonomischem Status	13
Abbildung 4: Anteil der Kinder unter 24 Monaten, die an organisierten Freizeitangeboten teilnehmen, abhängig vom Familieneinkommen	14
Abbildung 5: Anteil der Kinder ab 24 Monaten bis Schuleintritt, die an organisierten Freizeitangeboten teilnehmen, in Abhängigkeit vom Familieneinkommen	15
Abbildung 6: Verzehrgewohnheiten von Kindern im Alter von drei bis 17 Jahren	17
Abbildung 7: Anteil der Kinder und Jugendlichen im Alter von drei bis 17 Jahren mit Übergewicht oder Adipositas nach sozialem Status	19

Einleitung

Was brauchen Kinder, damit sie sich gut entwickeln können? Was können Eltern, Staat und Gesellschaft dazu beitragen? Nicht erst seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Angemessenheit der SGB-II-Regelsätze für Kinder sind dies einige der zentralen sozialpolitischen Fragen, die Politik, Forschung, Verbände und Praktiker zu beantworten haben.

Im vorliegenden Monitor soll der Fokus auf die Situation der Kinder gerichtet werden, die derzeit in Haushalten mit Arbeitslosengeld-II-Bezug leben oder zu den Geringverdienerfamilien gehören – darunter fallen auch Familien mit weniger als 70 Prozent des mittleren äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommens.

Zunächst wird in dieser Ausgabe auf der Basis von Studien berichtet, wofür das vorhandene Geld in Familien mit geringem Einkommen benötigt wird und inwiefern sich die soziale Teilhabe der Kinder an Bildung, Betreuung sowie Förder- und Freizeitangeboten in einkommensschwachen Familien von der anderer Familien unterscheidet. Dann wird gezeigt, welche Faktoren sich in besonderer Weise auf die Gesundheit von Kindern auswirken; eine kurze Zusammenfassung folgt am Ende.

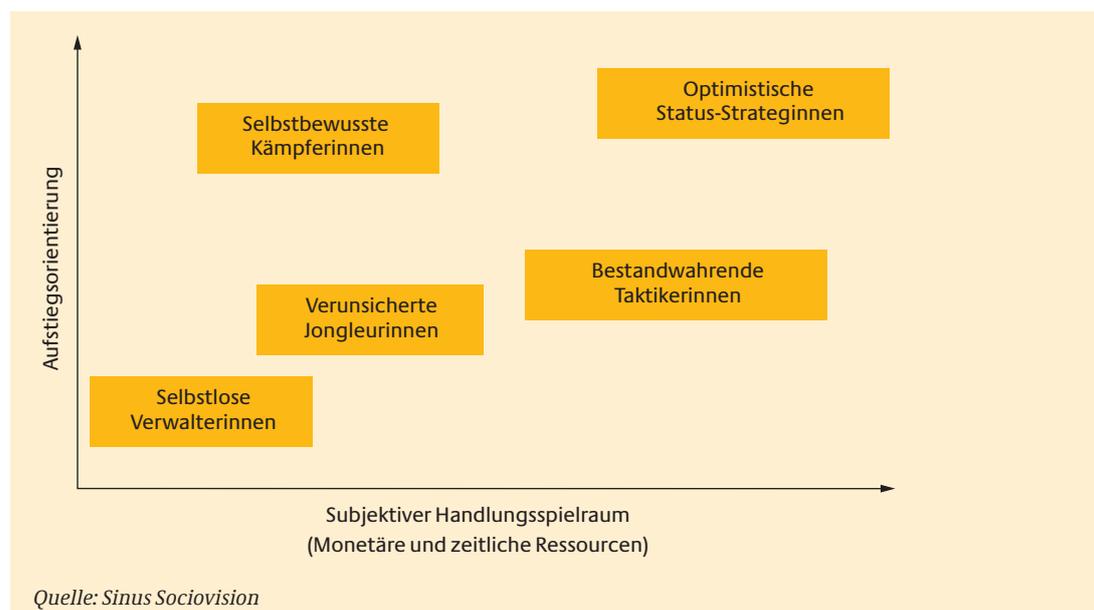
I.

Erkenntnisse zur Geldverwendung von Eltern

Wichtige Erkenntnisse über das Ausgabenverhalten von Ein- oder Mehrpersonenhaushalten aller Einkommensgruppen in Deutschland liefert die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des statistischen Bundesamtes, die alle fünf Jahre in 60.000 Haushalten erhoben wird. Im September 2010 wurde die Erhebung aus dem Jahr 2008 ausgewertet und u. a. zur Neuberechnung der Regelsätze für Erwachsene und Kinder in SGB-II-Haushalten verwendet. Zur qualitativen Annäherung an diese Fragestellungen hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zwei Studien in Auftrag gegeben, die das Ausgabenverhalten von Familien aller Einkommensgruppen in engem Zusammenhang mit Werthaltungen, Alltagsorientierungen und Handlungsmustern dieser Familien untersuchen.

Im Rahmen einer Studie von Sinus Sociovision konnten gerade für die SGB-II-Haushalte und die Geringverdienerfamilien wichtige Erkenntnisse gewonnen werden – auch in Abgrenzung zu Familien mit mittlerem und hohem Einkommen. Befragt wurden die jeweils für das Haushaltsmanagement verantwortlichen Personen. In allen angesprochenen Familien in allen Einkommensgruppen waren dies die Mütter. Hierauf aufbauend wurde eine Typologie des Familienmanagements entwickelt. Die ermittelten fünf Typen unterscheiden sich dabei insbesondere in ihrem sozialen Status sowie der Aufstiegsorientierung (vgl. Borgstedt, Wippermann 2010).

Abbildung 1: Typologie des Familienmanagements nach Sinus – soziale Lagerung und soziale Mobilität



In einer weiteren Studie der Universität Gießen wurden anhand von Experteninterviews mit Praktikern aus Wohlfahrtsverbänden und sozialpsychologischen Berufen die Geldverwendungsmuster und Präferenzstrukturen von Familien mit niedrigem Einkommen einer näheren Betrachtung unterzogen (vgl. Meier-Gräwe, Sdunzig 2010).

Sowohl die qualitative Untersuchung anhand von Gruppendiskussionen als auch die Aussagen von Expertinnen und Experten zeigen, dass die Mehrzahl der Familien aus allen Schichtungen das vorhandene Geld zum Wohl ihrer Kinder einsetzen will. Den Müttern ist es ein großes Bedürfnis, dass ihre Kinder nicht gegenüber anderen Kindern zurückfallen. Das Mithaltenkönnen der Kinder in den Haushalten mit wenig Einkommen ist ein wichtiges Thema. Mütter aus niedrigen Einkommensbereichen sind in besonderer Weise darum bemüht, dass die Bedürftigkeit der Familie nicht sichtbar wird und ihre Kinder nicht von anderen Kindern oder Erwachsenen stigmatisiert werden.

Um eine gute Teilhabe ihrer Kinder zu ermöglichen, sind gerade diese Mütter häufig bereit, eigene zeitliche und finanzielle Bedürfnisse zurückzustellen und eher an sich selbst zu sparen. *„Besonders bei kleinen Kindern ist das eigene Zurücktreten eine Form stellvertretender Belohnung (...). Es ist aber auch eine Investition in die Kinder, zugunsten derer man gern verzichtet.“* (Borgstedt, Wippermann 2010, S. 10)

In Familien mit eingeschränkten finanziellen Spielräumen hat die Rückstellung eigener konsumbezogener Bedürfnisse durch die Mütter dabei einen essenzielleren, unfreiwilligeren und auch langfristigeren Charakter als in Familien höherer Einkommensgruppen. Auffällig ist, dass in diesen niedrigen Einkommensbereichen oftmals eher die Mütter als die Väter auf eigene Wünsche verzichten.

Auch wenn die Mehrzahl der Eltern bestrebt ist, das vorhandene Geld zum Wohl ihrer Kinder einzusetzen, so unterscheiden sich doch die Vorstellungen davon, was gut für das Kind ist. Ein Ergebnis der Expertenbefragung ist: Es fehlen teilweise die finanziellen Mittel, teilweise aber auch das Wissen, wie Kinder richtig und altersgerecht gefördert werden können. Hier spielen fehlende eigene Erfahrungen der Mütter und Väter eine große Rolle, wie der Vergleich der Haushalte zeigt.

Aus Expertensicht werden in einigen Familienhaushalten mit geringem Einkommen die Spielräume für entwicklungs- und gesundheitsförderliche Ausgaben wie Betreuungs-, Bildungs- und Förderangebote für Kinder zugunsten demonstrativer Konsumgüter wie Handys, teure Kleidung und Spielwaren eingeschränkt. Die Eltern wollen damit die eigene prekäre finanzielle Situation verdecken. Das Gleiche gilt für Genussmittel (z. B. Zigaretten, Lebensmittel). So stellt die Sinus-Studie fest, dass Eltern ihren Kindern teilweise aus der Empfindung heraus, ihnen sonst wenig „bieten“ zu können, beispielsweise durch Süßigkeiten ein unmittelbares Glücksgefühl ermöglichen wollen.

Im Vergleich sehen sich gerade die Geringverdienerfamilien ohne Transferbezug hohem Druck ausgesetzt und fühlen sich tendenziell gegenüber Familien im SGB-II-Bezug benachteiligt. Nach eigener Wahrnehmung steht ihnen kaum mehr Geld zur Verfügung, gleichzeitig hätten sie aber infolge ihrer Erwerbstätigkeit mehr Belastungen und könnten von

zahlreichen Vergünstigungen nicht profitieren (vgl. Borgstedt, Wippermann 2010, S. 57). Hierzu zählen etwa einmalige Leistungen nach dem SGB II¹ (z. B. Erstaussstattungen für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräten, Erstaussstattungen für Bekleidung und Erstaussstattungen bei Schwangerschaft und Geburt, Übernahme der Kosten mehrtägiger Klassenfahrten) sowie Vergünstigungen auf kommunaler Ebene (z. B. Ermäßigungen beim Zugang zu Kultur- und Freizeiteinrichtungen, bei der Nutzung von Bildungs- und Weiterbildungsangeboten sowie Vergünstigungen im öffentlichen Personennahverkehr/bei der Mobilität).

Neben den aufgezeigten Gemeinsamkeiten stellt die Studie innerhalb der Gruppe der Familien im SGB-II- und Niedrigeinkommensbereich auch deutliche Unterschiede in der Umgehensweisen von Müttern mit dem zur Verfügung stehenden Geld fest. Sinus Sociovision identifiziert in diesem Einkommensbereich drei zentrale Typen des Familienmanagements:

- Unter dem Typ der „verunsicherten Jongleurin“² werden Mütter subsumiert, die sich selbst unter hohem zeitlichen und finanziellen Druck sehen. Ihr Ausgabenverhalten ist von einem „verzichtsorientierten Pragmatismus“ geprägt. Das heißt, sie sind ständig bemüht, die vielfältigen Bedürfnisse und Anforderungen der Familienmitglieder auszubalancieren und dabei im Zweifelsfall eigene Wünsche zurückzustellen. Insbesondere unvorhergesehene Anschaffungen sowie kindbezogene Sonderausgaben (z. B. Klassenfahrten) werden als besondere Belastung wahrgenommen (vgl. Borgstedt, Wippermann 2010, S. 54–71).
- Der Typ der „selbstlosen Verwalterin“³ bezeichnet Mütter, die nicht mehr damit rechnen, dass sie ihre finanzielle Situation verbessern können. Stattdessen sehen sie sich in der Rolle, die Bedürftigkeit der Familie zu verwalten und das vorhandene Geld auf die aktuell dringendsten Anforderungen der Familienmitglieder zu verteilen. Dabei werden eigene Bedürfnisse häufig zurückgestellt. Als besonders belastend wird es erlebt, den Kindern immer wieder die finanziellen Grenzen aufzeigen zu müssen. Wie bei den „verunsicherten Jongleurinnen“ stellen jegliche Ausgaben gerade zum Ende des Monats eine Belastung dar (vgl. Borgstedt, Wippermann 2010, S. 72–89).
- Im Gegensatz zu den oben beschriebenen Typen handelt es sich bei den „selbstbewussten Kämpferinnen“⁴ um Mütter, die trotz geringer zeitlicher und finanzieller Ressourcen eine hohe Aufstiegsorientierung zeigen. Das Ausgabenverhalten ist von Pragmatismus geprägt, allerdings weniger verzichtsorientiert als bei den „selbstlosen Verwalterinnen“. Durch ihr hohes Organisationstalent und große soziale Netzwerke gelingt es diesen Müttern besser als anderen, auch Ausgaben außer der Reihe einigermaßen abzufangen. Dennoch werden diese ebenfalls als Belastung erlebt. In dieser Gruppe sind Alleinerziehende überdurchschnittlich hoch vertreten (vgl. Borgstedt, Wippermann 2010, S. 90–105).

1 Siehe § 23, Abs. 3 SGB II.

2 Hier handelt es sich vor allem um verheiratete Mütter mit mehreren Kindern oder um Alleinerziehende. Das Einkommen liegt im unteren bis mittleren Bereich.

3 Mütter dieses Typs sind häufig verheiratet und haben mehrere Kinder. Besonders häufig liegt das Einkommen im unteren Bereich oder es wird ALG II bezogen.

4 Selbstbewusste Kämpferinnen sind besonders häufig alleinerziehend bzw. Haupt-Familienernährerin. Ihr Einkommen liegt im unteren oder mittleren Einkommensbereich.

Wiederkehrend werden bei allen drei Typen die Sicherstellung der sozialen Teilhabe ihrer Kinder an Kinderbetreuung, Freizeitaktivitäten und Schulaktivitäten (atypischer Schulbedarf) sowie die Sicherstellung einer gesunden Ernährung als besondere Problempunkte benannt. Beide Aspekte – soziale Teilhabe (Kapitel 2) und Gesundheit (Kapitel 3) – werden daher noch einer näheren Betrachtung unterzogen.

Hinsichtlich der Familienleistungen haben diese Familien unterschiedliche Erwartungen. Grundsätzlich gilt: Je geringer das Haushaltseinkommen, desto wichtiger sind finanzielle Leistungen wie das Kindergeld. Eine verlässliche und flexible Kinderbetreuung ist vor allem auch für Geringverdienerinnen und -verdiener mit wenig selbst bestimmten Arbeitszeiten zentral. Insgesamt wünschen sich alle Mütter mehr Entlastung und Orientierung im Alltag, wie etwa durch einheitliche Schulkleidung, sowie Angebote, die Zeit **und** Geld sparen, wie zum Beispiel ein Schulmittagessen. Als Problem wird häufig auch die unzulängliche Nachmittagsbetreuung von Schulkindern thematisiert (vgl. Borgstedt, Wippermann 2010, S. 12–14).

II.

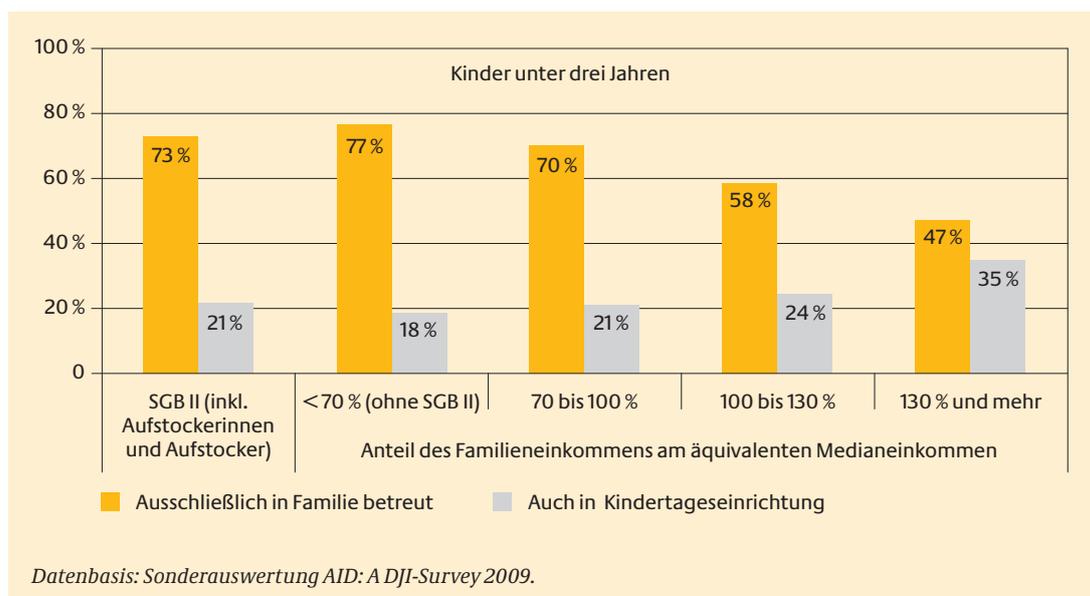
Teilhabe an Bildung, Betreuung und Förderangeboten

2.1 Kinderbetreuung

Für die Entwicklung der kognitiven, emotionalen und sozialen Fähigkeiten von Kindern ist es zentral, dass sie am sozialen Leben teilhaben können und frühzeitig mit anregenden Lernangeboten in Berührung kommen (EU 2009, S. 35). In der Literatur wird die hohe Bedeutung einer frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung im Rahmen von Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege für die Entwicklung von Kindern betont. Gerade für Kinder aus sozioökonomisch schwachen Haushalten sowie Familien mit Migrationshintergrund werden positive Effekte erwartet.

Während der Besuch einer Kindertagesstätte für neun von zehn Kindern von drei bis unter sechs Jahren zu einer Selbstverständlichkeit gehört, wird im Bundesdurchschnitt nur eine Minderheit der unter dreijährigen Kinder in Kindertageseinrichtungen betreut (vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2010, S. 8).

Abbildung 2: Anteil der Kinder unter drei Jahren, die nach Angaben der Eltern in einer Kindertageseinrichtung betreut werden, in Abhängigkeit vom Familieneinkommen⁵



⁵ Die dargestellten Betreuungsquoten unterscheiden sich geringfügig von der amtlichen Statistik, da Kinder erst ab einem halben Jahr erfasst wurden. In der Summe zu 100 Prozent fehlende Angaben entfallen auf „nur andere (externe) Betreuungsangebote“.

Das Medianeinkommen bezeichnet die Grenze zwischen zwei gleich großen Einkommenshälften. Das Medianeinkommen für eine Familie mit einem Kind unter 14 Jahren, das nach der neuen OECD Skala berechnet wurde, liegt beispielsweise bei 2.770 Euro und bedeutet, dass von allen befragten Familien mit einem Kind unter 14 Jahren 50 Prozent weniger und 50 Prozent mehr als 2.770 Euro zur Verfügung haben. Weniger als 70 Prozent des Medianeinkommens würden für diese Gruppe entsprechend weniger als 1.940 Euro bedeuten. Es handelt sich hierbei um berechnete und nicht um tatsächlich erhobene Einkommen.

Der Besuch einer Kindertageseinrichtung ist bei Kindern zwischen drei und sechs Jahren kaum vom Familieneinkommen abhängig.⁶ Deutliche Unterschiede zeigen sich aber bei unter Dreijährigen: Nach Angaben der Eltern, die im Rahmen einer DJI-Studie (Sonderauswertung AID:A-Studie, DJI 2010) befragt wurden, besuchen Kinder aus Familien mit höheren Einkommen (ab 130 Prozent des Medians) etwa doppelt so häufig (35 Prozent) eine Kindertageseinrichtung wie Kinder aus Niedrigeinkommensfamilien⁷ (18 Prozent). Es zeigt sich jedoch, dass die Beteiligungsquote von Kindern aus Familien mit Bezug von SGB-II-Leistungen etwas höher liegt als die der Kinder aus Niedrigeinkommensfamilien, die am seltensten institutionell betreut werden (s. Abbildung 2).

Die geringere Betreuungsquote von Kindern der Niedrigeinkommensbezieherinnen und -bezieher in Kindertageseinrichtungen ist möglicherweise darauf zurückzuführen, dass diese nicht allorts beziehungsweise nicht in gleichem Maße wie die SGB-II-Familien von der kommunalen Freistellung von Elternbeiträgen profitieren. Zugleich schätzen die befragten Mütter auch die weiteren anfallenden Pflichtausgaben für Essen, Ausflüge und Gruppenkassen als eine Belastung ein, die letztlich eine Entscheidung gegen eine institutionelle Betreuung herbeiführt (vgl. Borgstedt, Wippermann 2010).

Neben dem Erwerbsstatus und dem Erwerbseinkommen beeinflussen noch weitere Faktoren eine Entscheidung für oder gegen eine institutionelle Betreuung. Hierzu zählen etwa der Familienstand, das Bildungsniveau der Eltern, die Anzahl der Geschwister sowie die Einstellung zur Kinderbetreuung (vgl. Geier, Riedel 2008, S. 25, Kreyenfeld 2008, S. 119, Fuchs, Peucker 2006, S. 70).

2.2 Schulbildung

Für Deutschland belegen einschlägige Studien immer wieder die enge Verbindung zwischen familiärem Hintergrund und Bildungserfolg. Der Einfluss des sozioökonomischen Status zeigt sich bereits beim Eintritt in die Schule. So wird bei Kindern mit niedrigem sozioökonomischen Status häufiger als bei anderen Kindern aufgrund der Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung eine Rückstellung beantragt. Die 2. World Vision Kinderstudie spricht hier von einer „**Bildungsverspätung**“ bei Kindern aus der Unterschicht (Hurrelmann, Andresen 2010, S. 59, 163).

Soziale Unterschiede schlagen sich nach dieser Untersuchung zudem in den Schullaufbahneempfehlungen der Grundschullehrerinnen und -lehrer nieder. Trotz gleicher Kompetenz haben Kinder aus Familien mit einem hohen sozialen Status eine höhere Wahrscheinlichkeit, eine Gymnasialempfehlung zu erhalten als Kinder aus Familien mit einem niedrigen sozialen Status. Auch bei der Frage nach der Bildungsaspiration der Kinder lassen sich Effekte der sozialen Herkunft erkennen. Kinder im Alter von sechs bis elf Jahren mit einem niedrigen sozialen Status gehen etwa viermal seltener (19 Prozent) davon aus, am

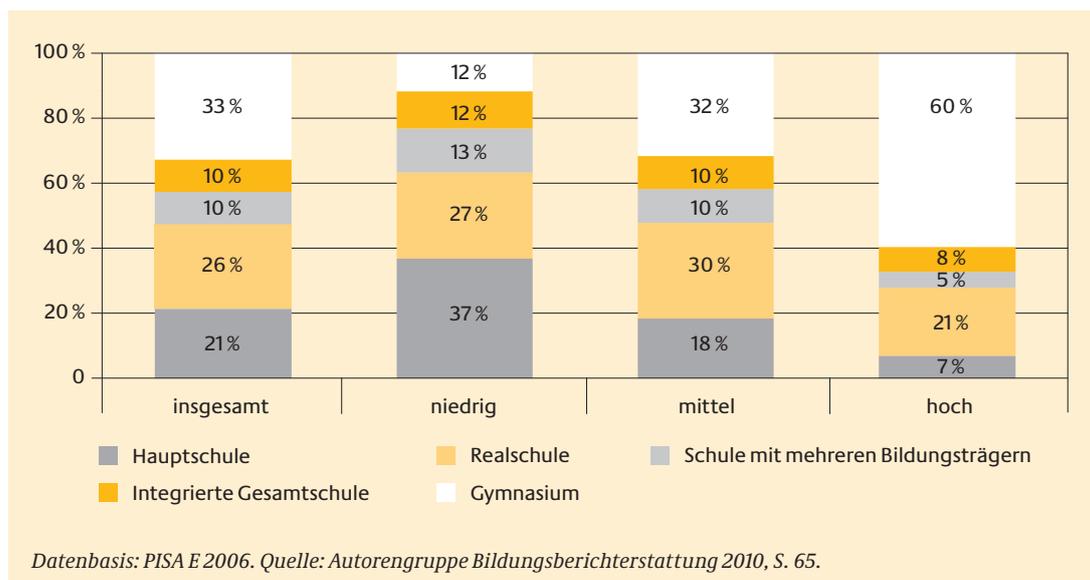
6 Kindergartenkinder aus SGB-II- und Niedrigeinkommensfamilien erhalten zudem häufiger als andere Kinder einen Test zur Sprachentwicklung und eine anschließende Fördermaßnahme nach dem Test (vgl. DJI 2010).

7 Bis zu 70 Prozent des äquivalenzgewichteten mittleren Einkommens, ohne SGB-II-Bezieherinnen und -Bezieher.

Ende ihrer Schullaufbahn einmal das Abitur zu erreichen als Kinder aus der Oberschicht (76 Prozent) (vgl. Hurrelmann, Andresen 2010, S. 162, 165).

Besonders markant fallen nach den Ergebnissen der PISA-Studie soziale Unterschiede auf, wenn die Verteilung der Jugendlichen auf die unterschiedlichen weiterführenden Schulformen betrachtet wird (s. Abbildung 3). Je höher der sozioökonomische Status und der Bildungshintergrund der Eltern, desto höher ist der Anteil der Kinder, die ein Gymnasium besuchen (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010, S. 65).

Abbildung 3: Schulartverteilung der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler nach sozioökonomischem Status⁸



Ganztagsangebote sowie Angebote der Nachmittagsbetreuung, die sich zunehmend in Deutschland etablieren, werden als ein Instrument zur gezielten Förderung gerade von Kindern aus niedrigen sozioökonomischen Schichten gesehen. Tatsächlich zeigen Statistiken, dass mit diesen Angeboten besonders häufig Kinder aus bildungsfernen Schichten sowie Kinder mit Migrationshintergrund erreicht werden (vgl. Hurrelmann, Andresen 2010, S. 169, 174). Für Schülerinnen und Schüler im Sekundarbereich ist dies vor allem das Ergebnis des Ausbaus von Ganztagsangeboten an Haupt- und Ganztagschulen (vgl. Züchner, Arnold, Vossler 2008, S. 122). Erste Ergebnisse der Evaluation von Ganztagschulen zeigen positive Lernerfolge insbesondere für Kinder aus benachteiligten Familien (vgl. Fischer et al. 2010).

⁸ Zuordnung der Schülerinnen und Schüler nach höchstem beruflichen Status der Eltern, gemessen anhand des International Socio-Economic Index of Occupational Status (ISEI). Berücksichtigt werden Ausbildungsdauer, Einkommen und soziales Berufsprestige.

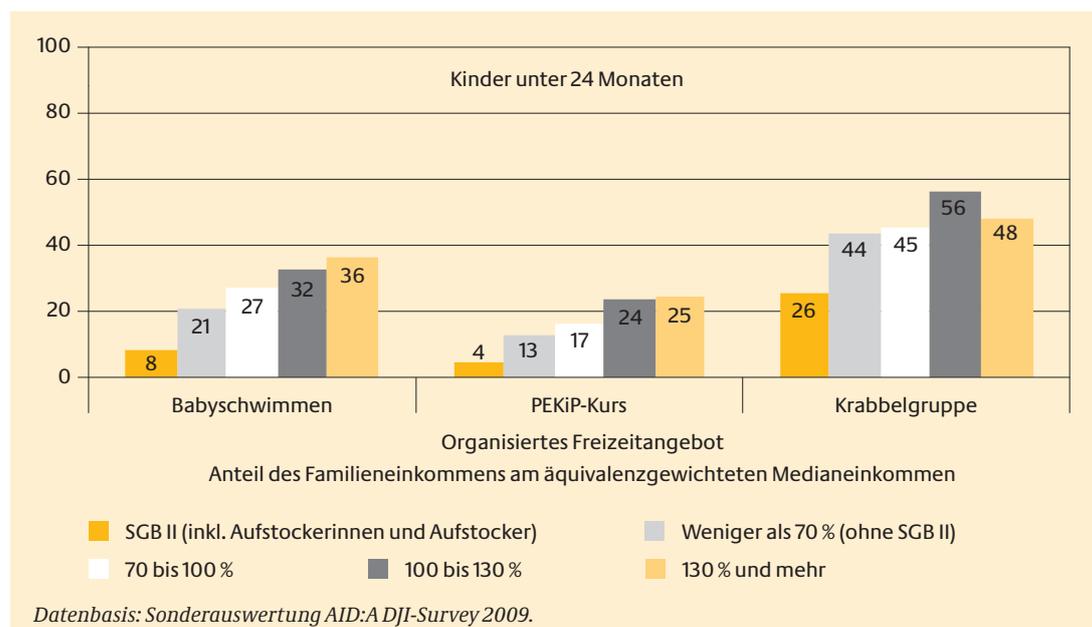
2.3 Teilhabe an Förder- und Freizeitangeboten

Für Kinder und Jugendliche ist die Teilhabe an Förder- und Freizeitangeboten am Nachmittag aufgrund der vorherrschenden Halbtagschule bedeutsam. Darüber hinaus kann die informelle Förderung auch die Bildungsentwicklung jüngerer Kinder unterstützen. Allerdings stellen aus Sicht der Eltern aus SGB-II- oder Niedrigeinkommensfamilien die neben den Teilnahmegebühren anfallenden Ausgaben für Sportkleidung oder Instrumente eine deutliche Hürde für die Teilhabe ihrer Kinder an solchen außerschulischen Freizeit- und Bildungsangeboten (Sport, Musik, Vereine) dar (vgl. Borgstedt, Wippermann 2010). Es sind jedoch nicht nur die Kosten: Häufig fehlt den Eltern auch die Orientierung, welche Angebote für die Entwicklung ihrer Kinder förderlich sein könnten. Bei Familien aus dem Niedrigeinkommensbereich, aber auch für erwerbstätige Eltern, stellen zusätzliche Wege, die organisiert und finanziert werden müssen, eine weitere Zugangsbarriere dar.

Anhand der Ergebnisse des DJI-Survey „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ (kurz: AID:A) lässt sich sowohl für Kleinkinder als auch für Kinder bis zum Schuleintritt statistisch feststellen, dass die Beteiligung an organisierten Freizeitangeboten tatsächlich positiv mit dem Einkommen der Eltern korreliert.

Dies zeigt sich bereits bei den ganz Kleinen: Während beispielsweise rund 8 Prozent der Kinder unter 24 Monaten aus einer Familie im SGB-II-Bezug einen Babyschwimmkurs besuchen, liegt dieser Anteil in den Familien mit einem Einkommen von 100 bis 130 Prozent des Medians mehr als etwa 4,5-mal so hoch (36 Prozent). Gleiche Effekte zeigen sich auch beim Besuch einer PEKiP-Gruppe⁹. Am häufigsten nehmen Kinder unter 24 Monaten aus SGB-II-Familien an Krabbelgruppen teil. Allerdings liegt auch dieser Anteil mit 26 Prozent deutlich unterhalb der Werte in höheren Einkommensgruppen (vgl. DJI 2010) (s. Abbildung 4).

Abbildung 4: Anteil der Kinder unter 24 Monaten, die an organisierten Freizeitangeboten teilnehmen, abhängig vom Familieneinkommen (in Prozent)

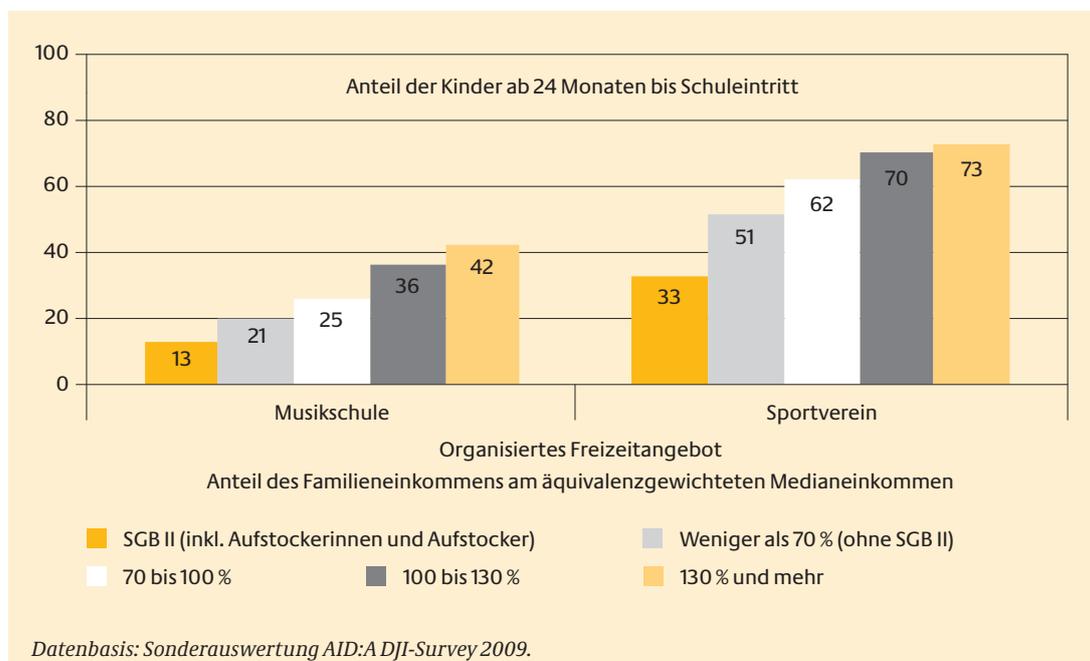


⁹ Das Prager Eltern-Kind-Programm ist ein Konzept für die Gruppenarbeit mit Eltern und ihren Kindern im ersten Lebensjahr (<http://www.pekip.ch/konzept.html>, abgerufen am 09.09.2010).

Ähnlich sieht es bei den organisierten Freizeitangeboten für ältere Kinder ab 24 Monaten bis zum Schuleintritt aus: Während nach Auskunft der Eltern rund 13 Prozent der Kinder aus SGB-II-Familien eine Musikschule besuchen, trifft dies ab einem Einkommen zwischen 70 und 100 Prozent des Medians auf mehr als jedes vierte Kind zu (s. Abbildung 5).

Diese Daten decken sich mit den Ergebnissen der 2. World Vision Kinderstudie, die für sechs- bis elfjährige Kinder festgestellt hat, dass Kinder aus der Oberschicht (40 Prozent) fünfmal häufiger in einer Musikschule/Musikgruppe angemeldet sind wie Kinder aus der Unterschicht (8 Prozent) (vgl. Hurrelmann, Andresen 2010, S. 116). Hierbei stellen jedoch sicher nicht nur die Kosten des Unterrichts eine Zugangsbarriere dar: Nicht alle Eltern haben musische Kenntnisse, mit denen sie ihren Kindern beim Erlernen eines Instruments behilflich sein können. Auch räumliche Einschränkungen können das regelmäßige Üben eines Instruments erschweren.

Abbildung 5: Anteil der Kinder ab 24 Monaten bis Schuleintritt, die an organisierten Freizeitangeboten teilnehmen, in Abhängigkeit vom Familieneinkommen (in Prozent)



Auch in Sportvereinen sind Kinder aus SGB-II-Familien unterrepräsentiert. In diesen Familien ist etwa jedes dritte Kind Mitglied in einem Sportverein, in sozioökonomisch besser gestellten Familien sind dagegen fast drei Viertel der Kinder in einem Sportverein aktiv (vgl. DJI 2010). Einschlägige Studien heben hier die besondere Bedeutung eines Umfelds hervor, in dem Kinder gesundheitsbewusstes Verhalten erlernen können. Wichtig sind vor allem sportliche Vorbilder in der Familie sowie gemeinsame körperliche Aktivitäten der Eltern mit den Kindern (Settertobulte 2010).

Neben dem sozialen Status wurden in der 2. World Vision Kinderstudie (Sechs- bis Elfjährige) auch Geschlecht und Migrationshintergrund als wichtige Einflussfaktoren auf die Mitgliedschaft in einem Sportverein identifiziert. Jungen betätigen sich grundsätzlich häufiger in einem Sportverein als Mädchen. Dafür sind Mädchen jedoch zu höheren Anteilen

len in andere institutionelle Gruppenaktivitäten eingebunden (Musikschule, Tanzklub/ Ballett, Kirchengruppe). Zudem sind Kinder in Westdeutschland tendenziell häufiger als Kinder in Ostdeutschland Mitglied in einem Sportverein. Das Gleiche gilt für Kinder ohne Migrationshintergrund gegenüber Kindern mit Migrationshintergrund.

Die Zuwendung der Eltern spielt hier ebenso eine Rolle: Kinder, die mit der Zuwendung ihrer Eltern zufrieden sind, besuchen häufiger (66 Prozent) einen Sportverein als Kinder, die von einem Zuwendungsdefizit berichten (50 Prozent). Ähnliche Zusammenhänge zeigen sich auch für die Teilnahme an anderen regelmäßigen Gruppenaktivitäten und Mitgliedschaften in Vereinen (vgl. Hurrelmann, Andresen 2010, S. 105–109).

Die von der sozioökonomischen Situation abhängige Teilhabe von Kindern an Angeboten von Sportvereinen schlägt sich laut den Daten der KiGGS-Studie auch im generellen Bewegungsverhalten nieder. So sind Jungen aus Familien mit niedrigem Sozialstatus mehr als dreimal so häufig sportlich inaktiv wie Jungen aus Familien mit hohem Sozialstatus. Bei den Mädchen ist dieser Effekt mit einer vierfach erhöhten Wahrscheinlichkeit noch stärker ausgeprägt. Ein Bewegungsmangel führt bei einem Teil der Kinder und Jugendlichen zu höheren gesundheitlichen Risiken und Entwicklungsdefiziten.

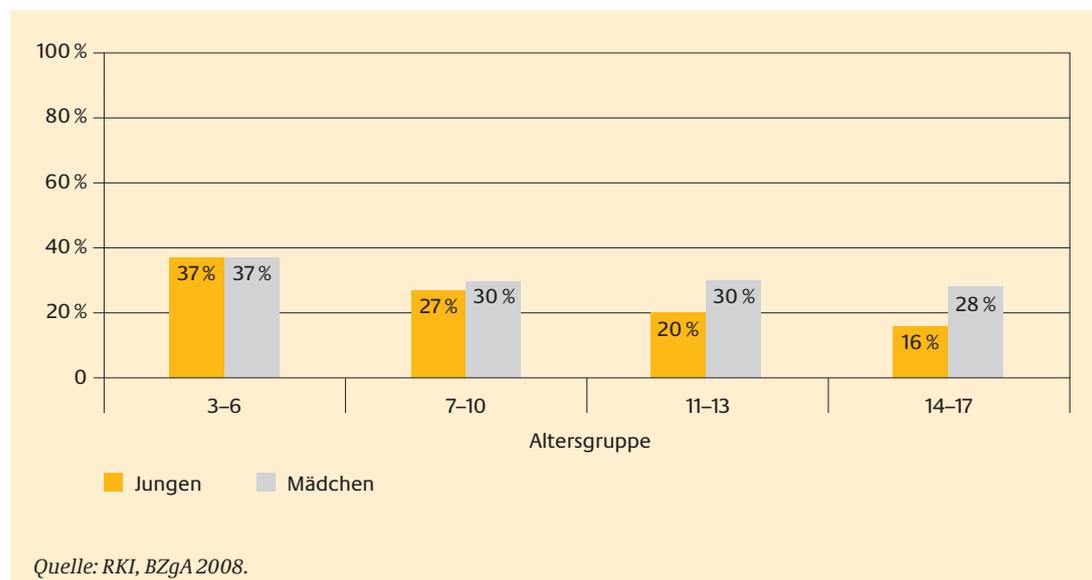
III.

Die Gesundheitssituation von Kindern

3.1 Ernährung

Eine physische und psychische Gesundheit ist die Grundvoraussetzung dafür, dass Kinder sich gut entwickeln und am sozialen Leben teilhaben können. Eine gesunde, ausgewogene Ernährung von Kindern ist von Anfang an von großer Bedeutung für die Gesundheitsentwicklung, da ein im Laufe der Kindheit entwickeltes Ernährungsmuster oftmals lebenslang die Ernährungsgewohnheiten prägt (vgl. RKI, BZgA 2008, S. 99). Allerdings zeigt die KiGGS-Studie eindrücklich, dass die Ernährung vieler Kinder generell zu einseitig und unausgewogen ist. Gemessen an den Empfehlungen der „Optimierten Mischkost“ nehmen Kinder und Jugendliche unter anderem zu wenig pflanzliche Lebensmittel zu sich (s. Abbildung 6) (vgl. RKI, BZgA 2008, S. 101–104).

Abbildung 6: Verzehrgeohnheiten von Kindern im Alter von drei bis 17 Jahren
Anteil der Kinder und Jugendlichen, die die empfohlene Menge Obst erreichen



Insgesamt ist ein enger Zusammenhang zwischen dem Sozialstatus¹⁰ und dem Ernährungsverhalten zu beobachten, der weitgehend alters- und geschlechtsunabhängig ist. So lässt sich gerade bei Kindern mit niedrigerem sozioökonomischen Hintergrund ein vergleichsweise ungünstiges Ernährungsverhalten feststellen (vgl. RKI, BZgA 2008, S. 101–104).

¹⁰ Gemessen anhand eines mehrdimensionalen Status-Index anhand der Angaben der Eltern zu ihrer schulischen und beruflichen Ausbildung, ihrer beruflichen Stellung sowie zum Haushaltsnettoeinkommen. Auf dieser Basis wurden drei Gruppen von Kindern und Jugendlichen mit unterem, mittlerem und hohem Sozialstatus gebildet.

Dies zeigt sich auch in qualitativen Untersuchungen: Die zu ihrem Ausgabenverhalten befragten Mütter aus SGB-II- und Niedrigeinkommensfamilien sowie die befragten Expertinnen und Experten berichten häufig von Schwierigkeiten der Familien, mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln eine gesunde Ernährung zu gewährleisten. So könnten aus Kostengründen gerade zum Ende des Monats häufig nur einfache Mahlzeiten zubereitet werden (z. B. Nudeln mit Ketchup). Zudem würden viele Familien eher sättigende, günstige Lebensmittel bevorzugen, während auf frisches Obst und Gemüse eher verzichtet würde (vgl. Borgstedt, Wippermann 2010 u. Meier-Gräwe, Sdunzig 2010).

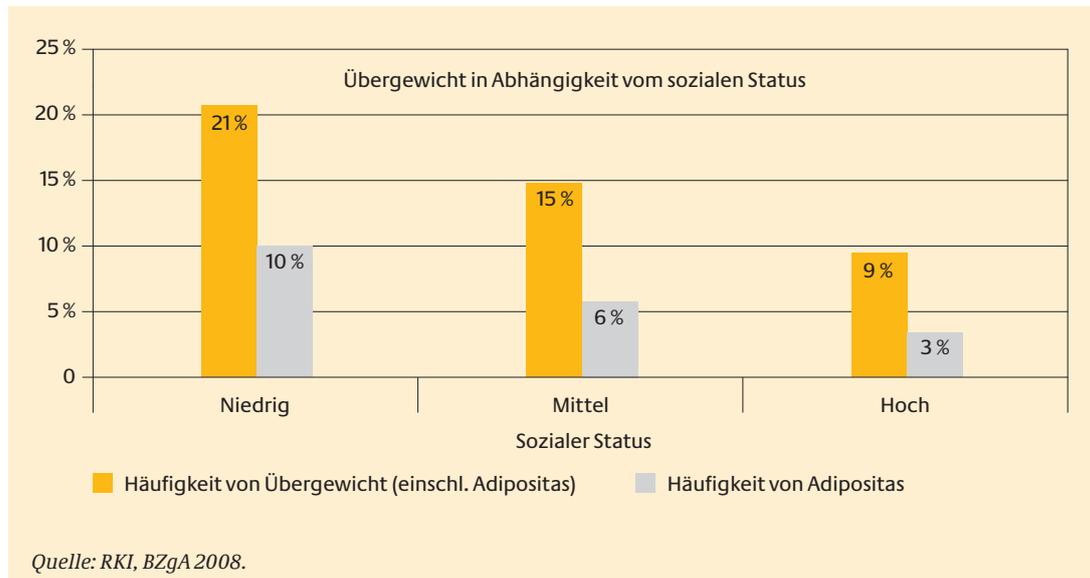
Die Analysen zum Ausgabenverhalten deuten an, dass neben finanziellen Mitteln bei den betroffenen Familien möglicherweise auch Kompetenzen fehlen, die dauerhaft und kostengünstig eine gesunde Ernährung sichern. Meier-Gräwe stellt fest, dass manchen Eltern einige gängige Obst- und Gemüsesorten gänzlich unbekannt seien.

3.2 Übergewicht

Das Ernährungsverhalten und die körperliche Aktivität haben einen starken Einfluss auf Übergewicht und Fettleibigkeit bei Kindern und Jugendlichen, die wiederum zu zahlreichen schwerwiegenden Folgeerkrankungen wie Bluthochdruck und Diabetes führen können.

Nach Ergebnissen der KiGGS-Studie sind aktuell etwa 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Deutschland übergewichtig, davon liegt bei 6 Prozent sogar Adipositas vor (vgl. RKI, BZgA 2008, S. 41). Es entstehen sowohl direkte Kosten durch die Diagnose und Behandlung von Übergewicht und dessen Folgeerkrankungen als auch indirekte Kosten durch krankheitsbedingte Produktionsausfälle infolge von Arbeitsunfähigkeit, Invalidität und vorzeitigem Versterben. Ein überdurchschnittliches Risiko für Übergewicht und Adipositas lässt sich für Kinder aus Familien mit niedrigem Sozialstatus feststellen. Je niedriger der soziale Status, desto häufiger sind Kinder von Übergewicht und Adipositas betroffen (s. Abbildung 7). Besonders deutlich zeigt sich dieser Effekt bei den Mädchen. So sind 14- bis 17-Jährige aus sozioökonomisch schwachen Familien etwa dreimal so häufig übergewichtig wie Gleichaltrige aus sozioökonomisch besser gestellten Familien (vgl. RKI, BZgA 2008, S. 42).

Abbildung 7: Anteil der Kinder und Jugendlichen im Alter von drei bis 17 Jahren mit Übergewicht oder Adipositas nach sozialem Status¹¹



Besonders stark betroffen sind auch Kinder, deren Mütter selbst übergewichtig oder fettleibig sind. Dies ist einerseits durch genetische Faktoren, vor allem aber durch ähnliche Lebensbedingungen und ein ähnliches Ernährungs- und Bewegungsverhalten zu erklären (vgl. RKI, BZgA 2008, S. 42). Die AOK-Familienstudie 2010 unterstreicht, dass vor allem regelmäßige Mahlzeiten Kinder vor Übergewicht schützen. So steigt in Familien, die nicht oder nur unregelmäßig gemeinsam frühstücken, die Wahrscheinlichkeit für kindliches Übergewicht signifikant um das 1,6-Fache an. Dieser Effekt wird umso stärker, je älter die Kinder werden. „Bekommen die Kinder kein Mittagessen in der Schule, dann ist der Zusammenhang zwischen Frühstück und Übergewicht noch wesentlich größer.“ (vgl. Settertobulte 2010, S. 48)

Deutlich wird, dass insbesondere ein Mittagessen für Schulkinder Mütter signifikant in ihrem Alltag entlastet. Mütter aus fast allen Einkommensgruppen sprachen sich in einer qualitativen Untersuchung durchweg für ein Schulmittagessen aus (Borgstedt, Wippermann 2010, S. 13).

3.3 Psycho-soziale Situation und allgemeiner Gesundheitszustand

Kinder aus einkommensschwachen Familien sind auch hinsichtlich ihres Gesundheitszustands insgesamt benachteiligt. Während nach Ergebnissen der KiGGS-Studie etwa die Hälfte der Eltern mit hohem Einkommen die Gesundheit ihrer Kinder im Alter von drei bis zehn Jahren als „sehr gut“ einschätzt, sagt dies nur ein Drittel der Eltern mit niedrigem Einkommen. Nach Ergebnissen des 13. Kinder- und Jugendberichts weisen Kinder aus niedrigen sozialen Statusgruppen häufiger psychische Verhaltensauffälligkeiten, Aufmerksamkeitsstörungen, Angststörungen und Entwicklungsstörungen schulischer Fertigkeiten auf.

¹¹ In Abhängigkeit von der schulischen und beruflichen Ausbildung der Eltern, ihrer beruflichen Stellung sowie dem Haushaltsnettoeinkommen.

Diese Störungen werden häufig erst mit dem Schuleintritt erkannt (BMFSFJ 2009, S. 95). 11- bis 17-jährige Jungen aus einkommensschwachen Haushalten weisen nach Einschätzung ihrer Eltern fast dreimal so häufig psychische Auffälligkeiten auf wie die Vergleichsgruppe Gleichaltriger aus Familien mit hohem Einkommen (RKI KiGGS-Studie).

Gründe für psychische Belastungen sind, so der 13. Kinder- und Jugendbericht, teilweise auf einen gestiegenen schulischen Leistungsdruck und Erziehungsdefizite bei den Eltern zurückzuführen. Es besteht jedoch weiterer Forschungsbedarf, weshalb psycho-soziale Störungen vermehrt in Familien mit Niedrigeinkommen auftreten.

Kinder brauchen für eine gesunde Entwicklung vor allem ein Umfeld, in dem sie gesundheitsbewusstes Verhalten erlernen können. Wichtig sind hier familiäre Vorbilder sowie gemeinsame körperliche Aktivitäten der Eltern mit den Kindern. Familienrituale und verbindliche Regeln wie etwa gemeinsame Familienmahlzeiten oder Absprachen zum Fernsehkonsum sind hier hilfreich (vgl. Settertobulte 2010).

In Zukunft wird es darauf ankommen, Kindern aus Familien, die diesen Anforderungen nicht entsprechen können, den Zugang zu Förder- und Teilhabeangeboten und Schulessen zu erleichtern.

IV.

Fazit und Ausblick

Es lässt sich ein enger Zusammenhang zwischen dem Maß an sozialer Teilhabe von Kindern an Betreuungs-, Bildungs- und Freizeitangeboten, ihrem Ernährungsverhalten und ihrer Gesundheit und der sozioökonomischen Situation der Familien feststellen. Negativ betroffen sind insbesondere Familien mit SGB-II-Bezug, aber gerade auch Geringverdienerfamilien. Insbesondere den Müttern ist es wichtig, ihren Kindern entsprechende Chancen zu vermitteln, und sie wollen ihre Kinder unterstützen. Dass dies häufig nicht gelingt, ist zum einen auf die fehlenden finanziellen Möglichkeiten der Familie, zum anderen aber auch auf die von den betroffenen Eltern zum Teil selbst wahrgenommene mangelnde Kompetenz, Organisationsvermögen und Orientierung zurückzuführen, die erforderlich sind, damit Kinder die Angebote nutzen können.

Dabei haben die Geringverdienerfamilien häufig nicht wesentlich mehr Geld als SGB-II-Bezieherinnen und -Bezieher zur Verfügung und sie können zudem, anders als diese, zahlreiche Vergünstigungen nicht beanspruchen. Sie stehen außerdem vor der erheblichen Herausforderung, ihr Erwerbs- und ihr Familienleben miteinander in Einklang zu bringen.

Die Gesetzesinitiative zur Neujustierung der Regelsätze im SGB II mit den Regelungen zum Bildungs- und Teilhabepaket zielt darauf ab, allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Eltern gute Bildungs- und Entwicklungschancen zu bieten. Soll die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen verbessert werden, so erscheint es notwendig, mehr Eltern durch zielgruppenspezifische und zweckgebundene Förderangebote für Kinder in die Lage zu versetzen, ihre Kinder zu unterstützen. Viele Eltern wünschen sich neben kostengünstigen Angeboten gerade auch Orientierung darüber, was für ihre Kinder förderlich ist.

Erwerbstätige Eltern könnten durch vernetzende Angebote erheblich in ihrem Alltag entlastet werden und zugleich eine wirksame Förderung der Kinder erzielen. Angebote sollten deshalb möglichst ohne Zugangshürden organisiert werden – etwa durch kurze Wege oder Unterstützung beim Zugang zu den Angeboten (Mobilitätsdienste) sowie Angebote im Rahmen von Schule oder Kindertagesbetreuung. So kann zugleich der Einfluss des Bildungshintergrundes und der sozioökonomischen Situation auf die Teilhabechancen reduziert werden. Und die gute und verlässliche Förderung der Kinder kann mit der elterlichen Erwerbstätigkeit in Einklang gebracht werden.

Auch volkswirtschaftlich betrachtet stellt eine bessere Chancengleichheit eine Investition in die Zukunft dar. Die vom Bundesfamilienministerium in Auftrag gegebene Sozialbilanz

hat die Mehreinnahmen und Minderausgaben berechnet, die infolge des Ausbaus der Kinderbetreuung für die unter Dreijährigen und einer besseren frühkindlichen Bildung zu erwarten sind. 30,4 Milliarden Euro ergeben sich an steigenden Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen, 4,2 Milliarden Euro können an Zahlungen aus der Arbeitslosenversicherung eingespart werden. Insgesamt 34,6 Milliarden Euro könnten fiskalisch an Mehreinnahmen und Minderausgaben gewonnen werden.

Durch bessere Entwicklungschancen für Kinder können so auch Kosten eingespart und Wachstums- und Innovationsimpulse erzielt werden, auf die eine Volkswirtschaft vor dem Hintergrund des zunehmenden Fachkräftemangels nicht verzichten kann. Die gute Entwicklung der Kinder, eine Chancengerechtigkeit, die auch die Hoffnungen und Wünsche der Eltern für ihre Kinder erfüllt, wird zum entscheidenden Merkmal für die gute Entwicklung unserer Gesellschaft und einer zukünftigen Prosperität.

Datenquellen und Literatur

Anger, C., Erdmann, V., Plünnecke, A., Riesen, I. (2010): Integrationsrendite – Volkswirtschaftliche Effekte einer besseren Integration von Migranten. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, Köln.

Anger, C., Plünnecke, A., Schmidt, J. (2010): Bildungsrenditen in Deutschland – Einflussfaktoren, politische Optionen und volkswirtschaftliche Effekte, Köln.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2010): Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel, Bielefeld.

Bock-Famulla, K., Große-Wöhrmann, K. (2010): Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2009. Transparenz schaffen – Governance stärken, Gütersloh.

BMFSFJ (2009): 13. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Berlin.

Borgstedt, S., Wippermann, C. (2010): Umgehensweisen von Müttern mit monetären Familienleistungen. Zielgruppentypologie auf Basis einer qualitativen Grundlagenstudie, Heidelberg (unveröffentlicht).

Deutsches Jugendinstitut (2010): AID:A „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ DJI-Survey 2009. Sonderauswertung zu Freizeitaktivitäten und Betreuung von Kindern aus Familien mit SGB II-Bezug oder Niedrigeinkommen, München (unveröffentlicht).

Dieckmann, L., Plünnecke, A., Seyda, S. (2008): Sozialbilanz Familie. Eine ökonomische Analyse mit Schlussfolgerungen für die Familienpolitik. Expertise für das Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Köln.

Dohmen, D., Fuchs, K. (2009): Kosten und Erträge ausgewählter Reformmaßnahmen: Teilhabe durch qualitativ hochwertige Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur sichern. Gutachten im Auftrag der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. In: FIBS-Forum Nr. 44.

Dohmen, D., Günzel, J. (2007): Deutschlands Bildungssystem im internationalen Vergleich vor dem Hintergrund der technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Studie im Rahmen der Berichterstattung zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. In: FIBS-Forum Nr. 37.

European Commission (2009): Early Childhood Education and Care. Key lessons from research for policy makers. An independent report submitted to the European Commission by the NESSE networks of experts, Brüssel.

Fritschi, T., Oesch, T. (2008): Volkswirtschaftlicher Nutzen von frühkindlicher Bildung in Deutschland. Eine ökonomische Bewertung langfristiger Bildungseffekte bei Krippenkindern. Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Bern.

Fuchs, K., Peucker, C. (2006): „... und raus bist du!“ Welche Kinder besuchen nicht den Kindergarten und warum?. In: Bien, Rauschenbach, Riedel (Hrsg.): Wer betreut Deutschlands Kinder?, Weinheim und Basel.

Geier, B., Riedel, B. (2008): Ungleichheiten der Inanspruchnahme öffentlicher frühpädagogischer Angebote. Einflussfaktoren und Restriktionen elterlicher Betreuungsentscheidungen. In: Roßbach, Blossfeld (Hrsg.): Frühpädagogische Förderung in Institutionen. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Sonderheft 11/2008.

Hurrelmann, K., Andresen, S. (2010): Kinder in Deutschland 2010. 2. World Vision Kinderstudie, Frankfurt am Main.

Kreyenfeld, M. (2008): Soziale Ungleichheit und Kinderbetreuung: eine Analyse der sozialen und ökonomischen Determinanten der Nutzung von Kindertageseinrichtungen. In: Becker, Lauterbach (Hrsg.): Bildung als Privileg. Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit, 3. Auflage, Wiesbaden.

Meier-Gräwe, U., Sdunzig, A. (2010): Geldverwendungsmuster und Präferenzstrukturen von Familienhaushalten im unteren Einkommensbereich aus ExpertInnen-sicht. Eine explorative Studie, Gießen (unveröffentlicht).

OECD (2009): Gesundheit auf einen Blick 2009. OECD-Indikatoren, Paris.

OECD (2010): The High Cost of Low Educational Performance. The Long-run Economic Impact of Improving PISA Outcomes, Paris.

Robert Koch-Institut, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.) (2008): Erkennen – Bewerten – Handeln: Zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland, Berlin, Köln.

Settertobulte, W. (2010): AOK-Familienstudie 2010, Gütersloh.

Seyda, S. (2009): Der Einfluss der Familie auf die Gesundheit und Bildungslaufbahn von Kindern. In: IW Trends 3/2009.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2010): Kindertagesbetreuung regional 2009. Ein Vergleich aller 413 Kreise in Deutschland, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2010a): Gesundheit. Krankheitskosten 2002, 2004, 2006 und 2008. Fachserie 12, Reihe 7.2., Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2010b): Kinder in Kindertageseinrichtungen und öffentl. geförderter Kindertagespflege – Modellrechnungen für das Jahr 2013, Wiesbaden.

Steiner, V., Schmitz, S. (2010): Hohe Bildungsrenditen durch Vermeidung von Arbeitslosigkeit. In: DIW-Wochenbericht Nr. 5/2010.

Werner, D., Neumann, M., Schmidt, J. (2008): Volkswirtschaftliche Potenziale am Übergang von der Schule in die Arbeitswelt. Eine Studie zu den direkten und indirekten Kosten des Übergangsgeschehens sowie Einspar- und Wertschöpfungspotenzialen bildungspolitischer Reformen. Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Köln.

WHO (2000): Obesity: preventing and managing the global epidemic. Report of a WHO Consultation. WHO Technical Report Series 894, Genf.

Züchner, I., Arnold, B., Vossler, A. (2008): Kinder und Jugendliche in Ganztagsangeboten. In: Holtappels, Klieme, Rauschenbach, Stecher (Hrsg.): Ganztagschule in Deutschland. Ergebnisse der Ausgangserhebung der „Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen“ (StEG). Studien zur ganztägigen Bildung, Band 1, 2. Auflage, Weinheim.

BMFSFJ-Forschungsticker

I. Die Personalmarketingstudie 2010: Familienfreundlichkeit ist entscheidend für die Attraktivität von Arbeitgebern

Die Personalmarketingstudie 2010 des Marktforschungsinstituts GfK im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend belegt die hohe Bedeutung von Familienfreundlichkeit für die Arbeitgeberattraktivität. Befragt wurden nach 2007 zum zweiten Mal Personalverantwortliche und Beschäftigte aus deutschen Unternehmen.

Ergebnis: Für 90 Prozent der Beschäftigten zwischen 25 und 39 Jahren mit Kindern sind familienfreundliche Angebote des Arbeitgebers ebenso wichtig wie das Gehalt oder sogar wichtiger. Mehr als drei Viertel der Eltern würden für mehr Familienfreundlichkeit den Arbeitgeber wechseln. 27 Prozent haben es sogar schon getan.

Die Kurzfassung der Studie kann unter <http://www.erfolgsfaktor-familie.de> heruntergeladen werden.

II. Familienmonitor 2010: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wünschen sich mehr Zeit für ihre Familie

Der Familienmonitor 2010 zeigt, dass vor allem Väter gerne mehr für ihre Kinder da sein würden: 60 Prozent der Väter äußern den Wunsch, dafür ihre Arbeitszeit reduzieren zu wollen. Gleichzeitig funktioniert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter in umgekehrter Richtung nur schlecht: Drei Viertel der Befragten mit Kindern unter 18 Jahren würden gerne mehr als 20 Stunden arbeiten, davon 23 Prozent 30 bis 35 Stunden.

Das zentrale Ergebnis der Untersuchung: Auch in Zukunft soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf Kernaufgabe der Familienpolitik sein: 69 Prozent der Bevölkerung und 78 Prozent der Eltern sagen, hier sollte der Schwerpunkt liegen (2008: 63 Prozent der Bevölkerung).

Der Monitor Familienleben 2010 wurde im Auftrag des Bundesfamilienministeriums vom Institut für Demoskopie Allensbach bereits zum dritten Mal erstellt. In der Studie finden sich aktuelle Daten zur Entwicklung des Familienlebens in Deutschland, u. a. zu Kinderwünschen, zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur Aufgabenteilung in Familien.

Informationen zum Monitor Familienleben finden Sie unter:
<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/familie,did=155818.html>

III. Online-Netzwerkhandbuch Alleinerziehende

Das Online-Netzwerkhandbuch wurde von einem Autorenteam unter Leitung von Herrn Prof. Reis (ISR der FH Frankfurt a. M.) im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erarbeitet. Ausgewertet wurden die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprojektes „Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Alleinerziehende“, welches das BMFSFJ von April 2009 bis März 2010 an 12 Pilotstandorten durchgeführt hat. Es richtet sich an lokale Akteure (Verwaltungen, Verbände, Institutionen, Ämter, familienpolitische Akteure und andere), die Unterstützungsnetzwerke für Alleinerziehende aufbauen oder weiterentwickeln wollen. Das Handbuch stellt eine Mischung aus theoretischen Grundlagentexten, Praxisbeispielen (aus den Pilotprojekten) und praktisch verwendbaren Arbeitsinstrumenten dar.

Weitere Informationen zum Online-Netzwerkhandbuch finden Sie im Oktober unter:
<http://www.bmfsfj.de>



Dieses PDF ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
es wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
11018 Berlin
www.bmfsfj.de

Autoren:

Melanie Henkel
Michael Steiner

Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 0 18 01/90 70 50*
Fax: 0 30 18/5 55 44 00
Montag–Donnerstag 9–18 Uhr
E-Mail: info@bmfsfj-service.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115**
Zugang zum 115-Gebärdentelefon: 115@gebaerdentelefon.d115.de

Stand: Oktober 2010

Gestaltung: www.avitamin.de

- * 3,9 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen
- ** Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr zur Verfügung. Diese erreichen Sie zurzeit in ausgesuchten Modellregionen wie Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen u. a.. Weitere Informationen dazu finden Sie unter www.d115.de; 7 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen.